

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/173

Bonn, den 12. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Städtebau-Förderungsgesetz</u> Nicht ohne Finanzreform	45
1a	<u>Nebeltaktik</u> NPD-Böcke, Zweiter Akt	32
2	<u>Fast 13 000 neue Altenheimplätze</u> Hessens vorbildlicher Sozialplan für alte Menschen	48
3	<u>Wahlerwartungen in Schweden</u> Widersprüche bei den Parteien der Opposition	47

FRAGEN UND GESELLSCHAFT bringt heute:

- Schwesternmangel mit neuen Methoden beheben
- SPD-Landtagsabgeordnete fordert Kindergärten -
- Englands Frauen bleiben weiterhin unterbezahlt
- Katholikentag beschäftigte sich mit Problemen der Frauen
- Kurzmeldungen
- Personalien

* * *

Städtebau-Förderungsgesetz

Nicht ohne Finanzreform

sp.- Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird der Bundestag in den nächsten zwölf Monaten das Städtebau-Förderungsgesetz verabschieden und auch mit der Zustimmung des Deutschen Bundesrats ist zu rechnen. Schöpfer des Gesetzes ist der sozialdemokratische Bundeswohnungsbau-minister Lauritz Lauritzen.

Das neue Gesetz hätte im Grunde schon seit Jahr und Tag vorhanden sein müssen. Aber offenbar waren die sozialdemokratischen Impulse in der Großen Koalition erforderlich, um ein modernes Gesetzeswerk vorzulegen, das in den nächsten Jahren vor allem umfassend die Städtesanierung mit allem, was in weitestem Maße dazu gehört, anpacken soll.

Es ist aber gar kein Zweifel: Mit dem Gesetz muß auch die Finanzreform verabschiedet werden, die die Kommunen in den nächsten Jahrzehnten in den Stand versetzt, Städte und Gemeinden so umzu-strukturieren, daß sie als Heimat des Bürgers den Weg in das Jahr 2.000 antreten können. Der Finanzbedarf, den das Wohnungsbau-Förderungsgesetz erfordert, wird enorm sein. Aber das braucht nicht zu schrecken. Seit 1948 sind schon in der Bundesrepublik rund 260 Milliarden Mark in den Wohnungsbau gesteckt worden, wovon 65 Milliarden vom Staat gegeben wurden. Es ist also nicht unrealistisch, für die nächsten zwei Jahrzehnte von dem gleichen Betrag für die Städtesanierung auszugehen.

Der vom Ministerium Lauritzen schon berufene Arbeitskreis "Deutscher Rat für Stadtentwicklung" wird auch zukünftig seine Berateraufgabe behalten. Dabei geht es im Grunde nicht nur um die großen Städte, sondern um alle Kommunen hinunter bis zu den Landgemeinden, die wegen der Rationalisierung in der Landwirtschaft auch vor einer Umstrukturierung stehen, wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Es läuft jetzt darauf hinaus, mit Hilfe des Gesetzes unhygienische Altbaukerne in moderne Gemeindezonen zu verwandeln, dem Verkehrslärm auf den Leib zu rücken, den Straßenverkehr organisch einzuordnen, die Abwässerbeseitigung modern auszubauen und Wohnzonen zu entwickeln, die dennoch nicht abseitig liegen und zur Isolierung und Desinteressiertheit der Bürger führen.

Wenn modern geplant werden soll und die Gemeinde den Status des Jahres 2.000 anzusteuern hat, muß sie in den Stand gesetzt werden, großflächig auch mit Grundbesitz zu disponieren, der nicht in ihrer Hand ist. Das Gesetz möchte zunächst eine Bodenpolitik, bei der es nicht zu Preissteigerungen kommt, wenn Privatbesitz für die Planung in umfassenden Sanierungsgebieten benötigt wird. Diese Regelung gilt schon bei der landwirtschaftlichen Flurbereinigung. Die Veräußerung von Grundstücken in einem zur Sanierung anstehenden Gebiet soll nicht mit Preissteigerungen verbunden sein. Das soll mit Hilfe von Preiskontrollen, wie es schon beim Verkehr der landwirtschaftlichen Grundstücke der Fall ist, ausgeschlossen werden.

Nebeltaktik

NPD-Böcke, Zweiter Akt

U.K. - Das muß man ihnen lassen; wie man sich räuspert und wie man spuckt, haben sie ihrem Altmeister Goebbels gelehrt abgeguckt.

Nachdem das Mitglied des Bundesvorstandes der NPD, von Grünberg, Gauamtsleiter der NSDAP in heroischen Zeiten, den Überfall der Sowjetunion auf die CSSR "realpolitisch besonnen" als verständliche Zuchtmaßnahme gegen einen ungehörigen Satelliten erklärt hatte, versuchte nun ein anderes Mitglied desselben Bundesvorstandes, der NPD-Boß selbst, in einer Pressekonferenz den Eindruck einer Kursänderung zu erwecken. Er erzählte den Journalisten, der Bundesvorstand habe beschlossen, daß der Einmarsch in die CSSR ein Akt "brutaler Gewaltpolitik" sei, der die Grundsätze des Völkerrechts auf Selbstbestimmung eines jeden Volkes verletzt habe.

Das klingt wie eine Distanzierung - und ist doch keine. Da ist kein Widerspruch zu dem zu entdecken, was Nazirektor a.D. von Grünberg am 23. August geschrieben hat. Denn der Kern seines Artikels war die zynische Rechtfertigung der Gewalt: "In der Politik sind die Böcke maßgeblich, und man sollte sich vor den Schafen hüten." Was Recht ist, bestimmen die "realpolitischen Notwendigkeiten", gut ist, was die Macht erlaubt.

Was soll's also, wenn Herr von Thadden nun von "brutaler Gewaltpolitik" spricht und von Verletzung des Völkerrechts: Gerade das, gerade solche brutale Rechtsverletzung hat seine Partei zuvor gerechtfertigt und jetzt eben nicht verurteilt, sondern nur beim Namen genannt. Die entscheidende Frage, die der Artikel seines Kollegen Grünberg aufgeworfen hatte, hat Thadden unerwähnt gelassen - und damit beantwortet: Gilt Macht oder gilt Recht als Richtschnur des staatlichen Handelns? Wenn man die "Böcke" als den Richtpunkt der Politik setzt, dann ist es pure Nebeltaktik, ihr Verhalten als brutale Gewalt zu bezeichnen.

+ + +

Fast 13 000 neue Altenheimplätze

Hessens vorbildlicher Sozialplan für alte Menschen

sp. - Die Altersstruktur der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren wesentlich verändert. Dazu haben nicht nur das moderne Industriezeitalter mit seinem Trend zur Verstärkung beigetragen, sondern auch erfreulicherweise die höhere Lebenserwartung der Menschen. "Die Hilfe und Fürsorge für die ständig wachsende Zahl der alten Menschen muß daher ausgebaut und wesentlich verstärkt werden. Und eine Politik der Verantwortung muß diesen Gegebenheiten und Notwendigkeiten Rechnung tragen", erklärt Hessens Sozialminister Heinrich Hemsatz (SPD).

Die hessische Landesregierung hat deshalb den "Sozialplan für alte Menschen" erarbeitet, der schon 1960 angelaufen ist. Seine Hauptaufgaben sind: Der Bau neuer und zeitgemäßer Heime aller Typen (vom Altenwohnheim über das Altenheim bis zum Pflegeheim), die Modernisierung und Verschönerung schon bestehender Alten- und Pflegeheime sowie die Förderung der "Offenen Altenhilfe" mit weitgehender Unterstützung aller Maßnahmen, die der Hilfe für alte Menschen außerhalb von Heimen dienen.

Die Schaffung von Möglichkeiten zur Unterbringung ist besonders vordringlich. Im Jahre 1960 waren beim Anlaufen des "Sozialplans für alte Menschen" in Hessen rund 300 Alten- und Pflegeheime mit etwa 15 000 Plätzen vorhanden. Das reichte bei weitem nicht aus, um die vielen alten Menschen aufzunehmen, die der Betreuung in Heimen bedürfen. Um wirksam helfen zu können, wurden 1960 im ersten Jahr der Durchführung des "Sozialplans für alte Menschen" bereits 7,5 Millionen Mark im Landesetat bereitgestellt. Die sozialpolitische Verantwortung der hessischen Landesregierung und das Verständnis des Landtages für die Probleme der alten Menschen führten in den folgenden Jahren zu einer ständigen Erhöhung der Landeszuschüsse. 1968 stehen für den Sozialplan 23,9 Millionen Mark im Landeshaushalt zur Verfügung.

Über 181 Millionen Mark an Zuschüssen wandte Hessen in den acht Jahren seit Bestehen des "Sozialplans für alte Menschen" für Förderungsmaßnahmen auf, die unseren alten Mitmenschen dienen. Hinzu kommen weitere 52,5 Millionen Mark an Landesbaudarlehen, so daß sich eine Gesamtförderungssumme von nahezu 234 Millionen Mark ergibt.

Gefördert wurden mit diesen Landesmitteln von 1960 bis 1967 rund 13 000 Heimplätze, so daß nicht mehr 15 000, sondern nahezu 28 000 Plätze in Altenwohnheimen, Altenheimen und Pflegeheimen zur Verfügung stehen werden. Rund 300 Modernisierungsmaßnahmen konnten im gleichen Zeitraum mit weitgehender finanzieller Unterstützung des Landes durchgeführt werden, so daß auch in älteren Alten- und Pflegeheimen eine menschenwürdige Unterbringung und zeitgemäße Betreuung der alten Menschen möglich ist.

Da auch im Alter die Erholung noch sehr wichtig für den Menschen ist, förderte das Land in den letzten Jahren den Bau von neuen Altherholungsheimen und bezuschulte maßgeblich die Schaffung von 62 Altagestätten. Kein Wunder, daß der Hessische Sozialplan für alte Menschen in Fachkreisen besondere Anerkennung fand und Vorbild für ähnliche Programme in anderen Bundesländern wurde.

Wahlerwartungen in Schweden

Widersprüche bei den Parteien der Opposition

K.K. - Am 15. September werden die Schweden ihre Zweite Kammer neu wählen. Wenn man den zuversichtlichen Reden der bürgerlichen Politiker Glauben schenkte, wäre die Niederlage der Sozialdemokraten gewiß. Die seien müde, da sie schon zu lange an der Macht gewesen sind. Worauf die Sozialdemokraten erwidern: Da muß ja auch die Opposition müde sein - sie hat ebenso lange die Regierung erfolglos bekämpft. Jedenfalls werden schon Ministersitze neuverteilt, wobei sich der Führer der liberalen Volkspartei, Sven Wedén, besonders hervortut.

Über die Notwendigkeit, die sozialdemokratische Regierung nach 32 Jahren zu stürzen - nach einer Zeit, in der sich das soziale Gesicht Schwedens vollkommen gewandelt hat, so daß die Schweden heute zu den reichsten und bestumsorgten Völkern der Erde zählen -, sind sich die Liberalen, die Zentrums- und die Konservativen restlos einig. Über die Art, in der sie regieren wollen, herrscht jedoch die größte Unklarheit. Die Konservativen wollen die Steuern ermässigen und die Ausgaben erhöhen, vor allem die Militärausgaben. Auch die Liberalen liebäugeln mit Steuerermässigungen, wenn auch ihre Forderungen an die Staatskasse bescheidener sind. Die Zentrums- und die Liberalen sind gegen eine Kommerzialisierung der Massenmedien, die Liberalen sind dafür. Und jeder der drei Parteien geht es dabei um "Grundsatzfragen", in denen also nicht nachgegeben werden darf.

Ein außenpolitisches Zwischenspiel gab es im Wahlkampf infolge der Ereignisse in der Tschechoslowakei: Der Führer der Liberalen hatte noch vor dem Einmarsch der Okkupanten von der Regierung verlangt, sie möge sich gegen jede Einnischung in die inneren Verhältnisse der Tschechoslowakei aussprechen. Die Regierung hat sich jedoch zurückgehalten wie andere Westmächte auch. Nach dem Einmarsch haben allerdings alle schwedischen Parteien in schärfster Weise gegen die Okkupation Stellung genommen. Der Streit um die Zweckmäßigkeit einer früheren Äußerung nimmt sich aus diesem Grunde eigentümlich aus, aber der Führer der Liberalen, der die damaligen Verhältnisse aus einem Geheimdokument kennt, das die Haltung der Regierung rechtfertigt, hat es nicht leicht, die Suppe auszulöffeln, die er sich eingebrockt hat.

Die schwedischen Kommunisten, die noch vor einigen Wochen die sozialdemokratischen Stellungen bedroht haben, sind infolge der Ereignisse in der Tschechoslowakei in eine äußerst schwierige Lage geraten: In den nördlichen Provinzen treten Funktionäre aus, weil sie die Erklärungen des Kommunistenführers gegen die Okkupation nicht billigen, in den südlichen Provinzen treten sie aus, weil sie sich dagegen wenden, daß ihre Partei auch in den Wahlkreisen kandidiert, in denen sozialdemokratische Mandate bedroht sind. In der kommunistischen Partei sind also klare Zersetzungsercheinungen zu bemerken. - Die neueste Meinungsbefragung hat eine Stärkung der sozialdemokratischen Positionen zum Ergebnis. Es ist zu erwarten, daß der kommende Sonntag diese Stärkung bestätigen wird. Das würde eine derartige Niederlage der Opposition bedeuten, daß sie ihre Regierungsgelüste für ein weiteres Jahrzehnt an den Nagel hängen muß.